



Die EU exportiert – die Welt hungert

Warum die EU-Agrarpolitik auf Kosten armer Länder geht

Autorin: Marita Wiggerthale

Vorwort: Gib Entwicklung eine Chance!

Im Jahr 1996 übernahmen 185 Regierungen Verantwortung für die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Das Ziel: die Reduzierung der Zahl der Hungernden auf 420 Millionen bis 2015. Das erste Millennium-Entwicklungsziel fordert hingegen die Halbierung des Anteils der Hungernden an der Weltbevölkerung, also die Reduzierung deren Zahl auf 585 Millionen Menschen. Damit bleibt es, obwohl nur vier Jahre später verabschiedet, bereits hinter den Beschlüssen von 1996 zurück.

Aber selbst dieses weniger ambitionierte Ziel wird bis 2015 nicht erreicht, wenn die Verantwortlichen untätig bleiben. Dabei geht es nicht um Mildtätigkeit, sondern um Gerechtigkeit! Auch wenn die Hauptverantwortung für die Bekämpfung des Hungers bei den armen Ländern selbst liegt, sind die Industrienationen verpflichtet, ihren Teil zu übernehmen. Sie müssen diese Länder tatkräftig unterstützen und dürfen sie nicht an der Entwicklung hindern – was leider viel zu oft geschieht.

Die anstehende Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) bietet eine Chance, arme Länder bei der Entwicklung ländlicher Räume und bei der Ernährungssicherung zu unterstützen. Von der EU-Agrarpolitik darf kein Schaden für die armen Länder ausgehen! Dies ist ein Gebot der Politik-Kohärenz, die im Lissabon-Vertrag verankert ist. Dabei geht es nicht darum, die GAP oder die Agrarsubventionen abzuschaffen bzw. die Interessen von europäischen Bäuerinnen und Bauern hintan zu stellen. Im Gegenteil: Das Ziel muss sein, Agrar-, Umwelt-, Tierschutz- und Entwicklungspolitik global zusammenzudenken.

Eine integrierte, nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume, die sie attraktiv gestaltet, ihrer Bevölkerung ein Auskommen ermöglicht und neue Arbeitsplätze schafft, verspricht sowohl in der EU als auch in armen Ländern Erfolg. Flächendeckende Landwirtschaft steht in keinem Widerspruch zu einer entwicklungsverträglichen EU-Agrarpolitik. Aber die EU muss ihrer globalen Verantwortung als einflussreicher Akteur auf den Weltagrarmärkten gerecht werden und bei der Reform die handelspolitischen Folgen für arme Länder bedenken. Die Zeit ist reif für eine neue, kohärente EU-Agrarpolitik: fair, umweltgerecht und global verantwortlich!

Dr. Jörn Kalinski
Leiter Kampagnen
Oxfam Deutschland e.V.

Impressum

Herausgeber:

© Oxfam Deutschland 2011
Oxfam Deutschland e.V., Greifswalder Str. 33a,
10405 Berlin • Tel.: 030-42 85 06 21 • info@oxfam.de
V.i.S.d.P.: Paul Bendix

Autorin:

Marita Wiggerthale
(mit Recherchen von Asja Ebinghaus)

Redaktionelle Bearbeitung:

Julia Jahnz

Einführung

In den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren verschafften Unterversorgung und Hunger der Ernährungssicherung in der europäischen Agrarpolitik große Bedeutung. Heute genießt die Bevölkerung in Europa Nahrungsmittelsicherheit – und die europäische Agrarpolitik ist zum Problem für die Ernährungslage in armen Ländern geworden. Agrarsubventionen in Milliardenhöhe in der EU (und in den USA) haben die Weltmarktpreise gedrückt und arme Länder mit Billigimporten überschwemmt. Dies erschwerte und behinderte die Entwicklung ihrer Landwirtschaft und ländlichen Räume erheblich. Strukturen der Armut und Unterentwicklung verfestigten sich.

Nun heißt es oft, diese Kritik sei von gestern. Die europäische Agrarreform von 2003 habe mit der Einführung von der Produktion entkoppelter Direktzahlungen (Betriebsprämie)¹ die größten Verzerrungen abgeschafft. Es hat in der Tat auch aner kennenswerte Fortschritte beim Abbau der produktspezifischen Subventionen und der Exportsubventionen gegeben.

Warum also wird die EU-Agrarpolitik von entwicklungspolitischer Seite weiter kritisiert? Ganz einfach: Der Umbau des Subventionssystems hat zwar in einigen Bereichen (z.B. Rindfleisch) die Produktionsanreize gesenkt, gleichzeitig aber auch durch niedrigere Rohstoffpreise, Investitionsbeihilfen oder die Ausweitung der Milchquote neue Anreize zur Überproduktion von Schweinefleisch, Geflügelfleisch und Milch geschaffen. Die EU setzt zunehmend auf eine billige Massenproduktion von Agrarrohstoffen, um auf diesem Wege die europäische Ernährungsindustrie international wettbewerbsfähig zu machen. Direktzahlungen in ihrer jetzigen Form ermöglichen dies.

Als Folge müssen immer mehr Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe aufgeben. Zugleich trägt die europäische Agrarpolitik zum Verlust der Artenvielfalt, zur Nitratverseuchung des Grundwassers, zur Austrocknung von Mooren und Feuchtwiesen, zur Bodenerosion, zur Emission von Klimagasen und zur nicht artgerechten Massentierhaltung bei. Durch die zunehmende Konzentration in der Ernährungsindustrie werden dort Arbeitsplätze abgebaut. Das Prinzip „Billig“ in der Produktion und in der Verarbeitung geht bereits heute zulasten der Verbraucher/innen. Gentechnik wird propagiert und tierquälerische Hochleistungszucht forciert. Bei der Verarbeitung von Lebensmitteln werden zunehmend minderwertigere Inhaltsstoffe eingesetzt. Es gibt viele Verlierer und nur wenige Gewinner.

Der Reformstau ist groß, der Handlungsbedarf gewaltig! Deswegen gilt es jetzt, die Weichen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu stellen. Eine Landwirtschaft, die sich für Natur-, Wasser-, Klima- und Tierschutz einsetzt, ohne die Existenz bäuerlicher Betriebe zu gefährden und entwicklungspolitischen Schaden anzurichten.

„Die EU ernährt die Welt“?

Die Nahrungsmittelkrise 2007/2008 stellt eine Zäsur in der Hungerbekämpfungsdebatte dar. Nicht nur, weil die Zahl der Hungernden auf die Rekordmarke von einer Milliarde Menschen stieg. Sondern auch, weil das Schreckensszenario von Nahrungsmittelknappheit angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung, der Überschreitung der ökologischen Tragfähigkeit und begrenzter Ressourcen erstmalig real erscheint. Alles hängt nun davon ab, ob die internationale Gemeinschaft die Weichen in den nächsten Jahren richtig stellt, oder nicht. **„Business as usual“ ist keine Option!**

Aus diesem Schreckensszenario leitet die Bundesregierung das Argument ab, die Europäische Union müsse in Zukunft die Welt miternähren und rechtfertigt damit die bestehende EU-Agrarpolitik. Diese Schlussfolgerung ist jedoch verfehlt. Experten halten es nämlich heute durchaus für möglich, dass der Weltbevölkerung im Jahr 2050 ausreichend Lebensmittel zur Verfügung stehen werden. Die

¹ Direktzahlungen werden in Form der so genannten „Betriebsprämie“ unabhängig von Art und Umfang der landwirtschaftlichen Produktion gewährt und dienen der Einkommensstützung (sog. „Entkopplung“). Der Erhalt der Direktzahlungen ist an die Einhaltung bestehender Gesetze gebunden.

Prognosen über die Weltbevölkerung im Jahr 2050 schwanken durchaus (siehe Tab. 1). Zudem ist laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO der Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf gestiegen (FAO 2006:8): innerhalb des Zeitraums 1969/71 bis 1999/01 von 2.400 Kalorien/Tag auf ungefähr 2.800. Dies gilt als ein Indiz für eine globale Verbesserung der Welternährungssituation.

Tabelle 1: Prognosen der Weltbevölkerungsentwicklung für das Jahr 2050, die in den Jahren 1998-2008 erstellt wurden

1998	2000	2002	2004	2006	2008
8,9 Mrd.	9,3 Mrd.	8,9 Mrd.	9,1 Mrd.	9,2 Mrd.	9,1 Mrd.

Quelle: World Populations Prospects, 1998-2008 revision.

Nach Schätzungen der FAO könnte die Nachfrage nach „food, feed and fibres“ bis 2050 um 70 Prozent steigen (FAO 2009:4).² Diese Nachfrage kann und sollte, soweit es die standörtlichen Bedingungen erlauben und sinnvoll erscheinen lassen, über eine Steigerung der Produktion im eigenen Land bedient werden. Die Nahrungsmittelkrise hat deutlich gemacht, wie verhängnisvoll sich die Abhängigkeit vom Weltmarkt auf die Lebensmittelpreise auswirken kann. Deshalb muss der Aufbau nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktionskapazitäten in den armen Ländern massiv gefördert werden. Das Potenzial zur Steigerung der Produktion ist enorm.

Anders als in der Studie „EU agricultural production and trade: Can more efficiency prevent increasing ‘land grabbing’ outside of Europe?“ (von Witzke, 2010) beschrieben, wird im Zeitraum 2000 bis 2030 der Importbedarf der armen Länder bei Nahrungsmitteln nicht um das Fünffache, sondern laut FAO voraussichtlich nur um das Zweifache steigen.³ Dabei kann er regional sehr unterschiedlich ausfallen (FAO vom 25.03.2010). Bei Getreide wird sich der Importbedarf den neuesten Prognosen der FAO zufolge von derzeit 135 Mio. t (2008/2009) auf 300 Mio. t im Jahr 2050 mehr als verdoppeln (FAO 2009). Neu ist, dass diese Nachfrage zukünftig stärker von den osteuropäischen Ländern bedient wird und immer weniger von der EU (FAO 2006:43).

Die derzeit relativ geringe Produktivität der Landwirtschaft in Entwicklungsländern lässt sich durch nachhaltige Landwirtschaft deutlich steigern. Investitionen in agrarökologische Anbaumethoden (verbesserte Bodenfruchtbarkeit, verbesserter Bodenschutz, weitestgehender Verzicht auf Düngemittel und Pestizide) zur Steigerung der Produktion in armen Ländern weisen deswegen eine sehr hohe Mitteleinsatzeffizienz auf.⁴

Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, um den Hunger zu bekämpfen. Entscheidend ist, dass die Menschen selbst sich ernähren können, d.h. dass die Familien über eigene landwirtschaftliche Erträge oder ein ausreichendes Einkommen verfügen. Die Unterstützung der kleinbäuerlichen, klimaangepassten Landwirtschaft, die Sicherstellung der Mitsprache von Frauen in allen Bereichen und die Förderung einer integrierten, nachhaltigen ländlichen Entwicklung sind dabei von zentraler Bedeutung. Um den Hunger noch bis 2015 zu halbieren, müsste die EU Oxfam-Berechnungen zufolge insgesamt knapp 18 Mrd. \$ jährlich an Entwicklungshilfe aufbringen (Oxfam 2010:32). Das ist nicht einmal ein Drittel des EU-Agrarhaushalts von knapp 57 Mrd. € allein im Jahre 2010.

Die EU-Agrarpolitik ist kein Instrument zur Hungerbekämpfung. Im Gegenteil: Sie hat negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherung in armen Ländern, wie im folgenden Kapitel dargestellt

² Eine Studie von Harald Grethe et al. (in Erscheinung) untersucht kritisch die Methodologie und die Annahmen, die den FAO-Berechnungen zugrunde liegen. Eine Reduzierung des Fleischverbrauchs in Industrieländern würde die als notwendig erachtete Produktionssteigerung deutlich nach unten korrigieren.

³ Die FAO geht davon aus, dass sich der Importbedarf von 25,5 Mrd. US\$ im Jahr 2000 auf 44,6 Mrd. US\$ (in konstanten Preisen) in 2030 und auf 49,8 Mrd. US\$ in 2050 (in konstanten Preisen) erhöht. (FAO 2010)

⁴ Eine von der UNCTAD und UNEP in 24 afrikanischen Ländern durchgeführte Studie ergab, dass die Erträge mit Ökolandbau oder ähnlichen Praktiken im Durchschnitt um 116 Prozent gestiegen sind. (UNEP/UNCTAD 2008:11)

wird. Die Sicherung der Welternährung ist daher kein Argument, um die EU-Agrarsubventionen in ihrer jetzigen Form zu rechtfertigen.

Überschuss im Überfluss

Die Entkopplung der Agrarsubventionen von der Produktion hat weder die erheblichen Überschüsse in der EU reduziert noch die entwicklungspolitischen Probleme gelöst. Verschiedene agrar- und handelspolitische Maßnahmen, die arme Länder betreffen, verhindern dies (wird in den Folgekapiteln näher ausgeführt):

- Die EU setzt politische und finanzielle Anreize für die Produktion von Überschüssen (z.B. Ausweitung der Milchquote).
- Die EU liberalisiert den Agrarmarkt. Sinkende Erzeugerpreise sind die Folge. Die Überschüsse können somit ohne Exportsubventionen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. Stattdessen werden Direktzahlungen zur Einkommensstützung eingesetzt.
- Bei Preiskrisen in der EU werden Exportsubventionen eingesetzt, um die Überschüsse auf dem Weltmarkt zu beseitigen. Direktzahlungen sollen als Risikoversorge dienen.
- Ohne indirekt subventionierte Überschüsse wären die Weltmarktpreise höher.
- Der Export von minderwertigen Restprodukten im Schweine- und Geflügelbereich erfolgt zu Tiefstpreisen, weil die Unternehmen ihre Gewinne mit dem Verkauf der stärker nachgefragten und damit lukrativeren Bestandteile (Bsp. Brust bei Geflügel) machen. Eine Entsorgung der Restprodukte wäre teurer.
- Um neue Absatzmärkte für steigende Überschüsse zu erschließen, forciert die EU über bi- und multilaterale Handelsabkommen den Zollabbau für europäische Agrarprodukte in Entwicklungsländern.
- Die steigenden Exporte bei Schweinefleisch, Geflügel und Milch beruhen auf steigenden Sojaimporten. Die EU hat es bisher versäumt, geeignete Instrumente einzuführen, um den Anbau von einheimischem Eiweißfutter zu fördern.

Die EU ist aufgrund des jahrzehntelangen Einsatzes von Subventionen in Milliardenhöhe zu einem bedeutenden Agrarexporteur, im Zeitraum 2003-2007 sogar zum größten Agrarexporteur weltweit, geworden. Die Exporte haben sich innerhalb von sieben Jahre mehr als verdoppelt, von 51 Mrd. US\$ (1999-2001) auf 105 Mrd. US\$ (2006-2008; KOM 2009a:2). Die EU ist heute der größte Expporteur von verarbeiteten Lebensmitteln (KOM 2007:262), der zweitgrößte Expporteur von Milchprodukten (Wohlfahrt vom 01.04.2009), Schweinefleisch (USDA 2010:10a) und Weizen (USDA 2010b:6) sowie der drittgrößte Expporteur von Geflügel (USDA 2010:12). Dabei haben die Exporte in arme Länder stark zugenommen (siehe Box).

EU-Agrarexporte in arme Länder steigen

Die EU-Agrarexporte steigen nicht nur insgesamt. Europäische Agrarprodukte werden auch vermehrt in arme Länder exportiert, wie folgende Zahlen belegen:⁵

Anstieg der EU-27 Milchexporte zwischen 2005 und 2008

- um 39,3 Prozent in AKP-Länder⁶
- um 47,8 Prozent in westafrikanische Länder
- um 45,1 Prozent in LDCs (Least Developed Countries, ärmste Länder)

Anstieg der EU-27 Getreideexporte zwischen 2005 und 2008

- um 191,7 Prozent in AKP-Länder
- um 155,6 Prozent nach Ost- und Südliches Afrika
- um 98,2 Prozent in westafrikanische Länder
- um 265,2 Prozent in LDCs

Anstieg der EU-Lebensmittelexporte zwischen 1995 und 2004

- um 147 Prozent bei verarbeiteten Lebensmitteln in LDCs
- um 121 Prozent bei verarbeiteten Lebensmitteln in AKP-Länder
- um 182 Prozent bei getreidebasierten Lebensmitteln in AKP-Länder

Anstieg der EU-Fleischexporte seit 1995

- um 500 Prozent bei Geflügelfleisch nach Westafrika
- um mehr als 500 Prozent bei Schweinefleisch nach Afrika südlich der Sahara (ohne Südafrika)

Erst mit dem Umbau des Subventionssystems und der zunehmenden Marktorientierung sind neue Überschuss-Märkte bei Schweinefleisch und Geflügel entstanden. Von 1992 bis 2007 stiegen die Geflügelexporte der EU-15 um knapp 120 Prozent und die Schweinefleischexporte um 45 Prozent (Oxfam-Berechnungen gemäß FAO-Statistiken). Der Selbstversorgungsgrad der EU-27 beträgt 108 Prozent bei Schweinefleisch und 101 Prozent bei Geflügelfleisch (2007). Sowohl minderwertige Schweinefleisch- als auch Geflügelfleischprodukte werden zu Tiefstpreisen in arme Länder exportiert (vgl. EED 2008 und 2010).

Noch höher fällt mit 109 Prozent der Selbstversorgungsgrad und damit die Überproduktion der EU-27 bei Milchprodukten aus. Obwohl die Milchproduktion in Europa von 132,809 Mio. Tonnen im Jahr 2007 auf 134,34 Mio. Tonnen im Jahr 2008 gestiegen ist (AMI vom 15.07.2009), wurden im selben Jahr die politischen Weichen für eine Steigerung der Überschussproduktion gestellt: Die innerhalb der EU produzierte Milchmenge wird etappenweise erhöht – ab 1. April 2008 um zwei Prozent, von 2009 bis 2013 jährlich um ein Prozent. Dies führt in den Jahren 2009 bis 2014 gemäß den Wirkungsanalysen der EU-Kommission (Szenario „+1%“) zu einer Steigerung der Produktion und der Exporte (siehe Tabelle 2), die wiederum die Weltmarktpreise um fünf Prozent bei Milchpulver und Käse und um zehn Prozent bei Butter drückt (KOM 2008). Auch die inländischen Milchpreise fallen.

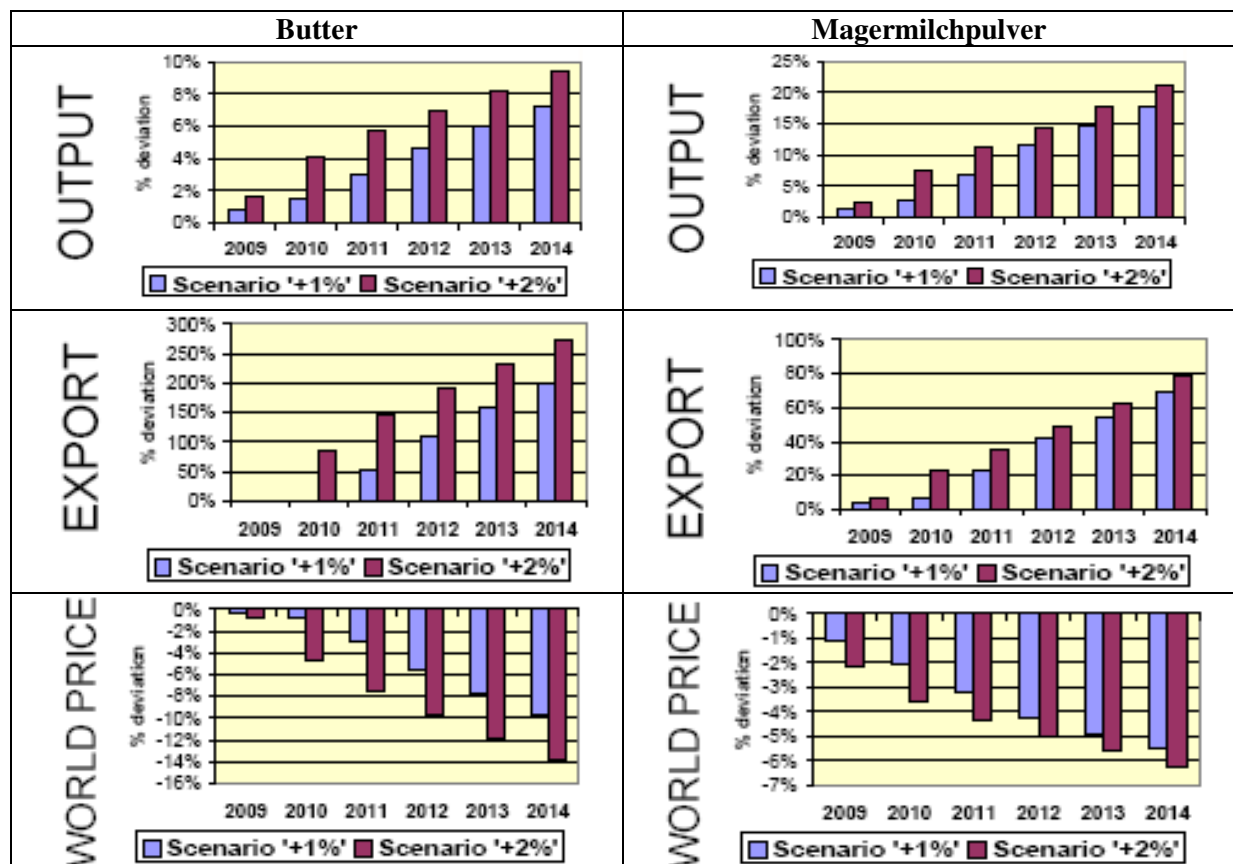
Fallstudien belegen, dass EU-Exporte, beispielsweise von Milchpulver nach Burkina Faso, Kamerun und Bangladesch, von Tomatenpaste nach Ghana und von Geflügelteilen nach Ghana, Benin, Togo und Kamerun, die lokalen Märkte empfindlich gestört haben.⁷ Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern werden so immer wieder behindert.

⁵ Quellen: Getreide- und Milchexporte: Oxfam, eigene Berechnungen; Lebensmittelexporte: ERO (2006:3,20); Agritrade 2006; Fleischexporte: EED (2010:1), EED (2008:1).

⁶ Länder in Afrika, der Karibik und im pazifischen Raum

⁷ Vgl. EED 2010, EED 2009, EED 2008, Germanwatch/FIAN (2007), Misereor 2005, Oxfam 2009.

Tabelle 2: Wirkungsanalyse der KOM bei einer jährlichen Milchquotenerhöhung um ein Prozent (Szenario „+1“⁸) und um zwei Prozent (Szenario „+2%“⁹)



Quelle: KOM 2008:16-18

Unterbieten verbieten!

Die Jahre, in denen Exportsubventionen massiv eingesetzt wurden, sind vorbei. Betrugen die EU-Ausgaben in diesem Bereich 1993 noch 10,2 Milliarden Euro, so waren es in 2009 nur noch knapp 649 Millionen Euro (BMZ/BMELV vom 09.06.2010). Die EU hat im Rahmen der WTO-Verhandlungen versprochen, die Exportsubventionen im Jahr 2013 komplett abzuschaffen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass im Rahmen einer Gesamtlösung auch andere Formen der Exportförderung abgebaut werden. Von einer endgültigen und vollständigen Abschaffung der Exportsubventionen ist die EU jedoch noch weit entfernt. Die Absatzprobleme der europäischen Milchindustrie haben Anfang 2009 nicht nur dazu geführt, dass auf ihren Druck hin Exportsubventionen für Milchprodukte wieder eingesetzt wurden.⁸ Die EU sieht sogar vor, auch zukünftig im „Krisenfall“ immer wieder auf dieses Instrument zurückzugreifen. Marktstörungen auf dem Weltmarkt und in armen Ländern werden hierdurch billigend in Kauf genommen!

Je mehr die Exportsubventionen im Rahmen der „neuen“ Agrarpolitik abnehmen, desto stärker liegt das Augenmerk der Ernährungsindustrie und der Bundesregierung auf den entkoppelten Direktzahlungen von derzeit mehr als 30 Mrd. Euro.⁹ Nicht ohne Grund! Sollen sie doch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie, d.h. den Export europäischer Lebensmittel zu wettbewerbsfähigen Preisen, sicherstellen. Die Direktzahlungen sind zentraler Bestandteil einer neuen Dumping-Politik. Während vorher die inländischen Preise im Vergleich zum Weltmarktpreis relativ hoch waren und diese Differenz mittels Exportsubventionen ausgeglichen wurde, sollen jetzt die

⁸ Siehe <http://www.oxfam.de/informieren/milch>.

⁹ Vgl. http://eur-lex.europa.eu/budget/data/D2009_VOL4/EN/nmc-titleN123A5/index.html.

inländischen Preise mithilfe der Direktzahlungen möglichst auf Weltmarktpreisniveau gesenkt werden. Damit ist die EU auch weiterhin in der Lage, mittels Subventionen ihre Überschüsse über den Weltmarkt zu beseitigen. Um die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. die Kosten der Agrarrohstoffe für die Ernährungsindustrie zu senken, werden zudem gezielt Investitionshilfen an leistungsstarke Betriebe vergeben. Ein Großteil der Fördermittel floss in den letzten Jahren trotz bereits bestehender Überschüsse in die Rationalisierung größerer Milchbetriebe.

Exkurs: Wer misst was?

Die **OECD** veröffentlicht alljährlich Zahlen über die Unterstützung der Landwirtschaft in den OECD-Ländern. Als Maßstab ihrer Berechnungen zieht sie das sogenannte PSE (Producer Support Estimate) heran, das jegliche Form der landwirtschaftlichen Unterstützung misst. Die im PSE enthaltene Marktpreisstützung errechnet sich aus dem Unterschied zwischen dem aktuellen nationalen Marktpreis und dem aktuellen Weltmarktpreis, multipliziert mit der Produktionsmenge. Im Jahr 2009 betrug sie 20,92 Mrd. €. Die Marktpreisstützung ist am höchsten bei Geflügel, Zucker, Schaffleisch und Rindfleisch, mit etwas Abstand gefolgt von Schweinefleisch (OECD 2009:117). Das PSE ist nicht identisch mit der Gesamthöhe der EU-Agrarsubventionen.

Das AMS (Aggregated Measurement of Support; Gesamtes Aggregiertes Stützungsmaß) im Agrarabkommen der **WTO** ist eine kalkulatorische Größe, welche sich größtenteils aus der staatlichen, produktspezifischen Unterstützung für landwirtschaftliche Produzenten ergibt. Die Marktpreisstützung im AMS errechnet sich aus dem Unterschied zwischen dem staatlich festgelegten Interventionspreis und dem Weltmarktpreis (externer Referenzpreis; Durchschnittsniveau 1986-1988) multipliziert mit dem Produktionsvolumen. Die EU hat erst im Februar 2010 ihre Agrarunterstützung für das Jahr 2006/2007 bei der WTO angegeben, ist also bei der Veröffentlichung ihrer Zahlungen zwei Jahre im Rückstand. Ihr AMS beträgt „aktuell“ 26,63 Mrd. Euro. .

Exkurs: Verzerren Direktzahlungen den Handel?

Die EU hat ihre Direktzahlungen (entkoppelte Einkommensunterstützung) bei der WTO als „gering bis überhaupt nicht handelsverzerrend“ deklariert. Sie gehören zu den Subventionen, die als „Grüne Box-Subventionen“ bezeichnet werden und damit auch langfristig erlaubt sind. Nicht weil sie „grün“ sind, sondern weil sie als weniger schädlich als Exportsubventionen gelten. Momentan fallen 56,52 Mrd. € in diese Kategorie. Dabei ist wichtig zu wissen, dass die Regeln des WTO-Agrarabkommens Dumping nicht verbieten. Ganz im Gegenteil: Sogar Exportsubventionen sind erlaubt!

EU-Grüne Box-Subventionen: 56,52 Mrd. € in 2006/2007 (WTO 2010), darunter:

- 30,67 Mrd. € Entkoppelte Einkommensunterstützung
- 6,80 Mrd. € Allgemeine Dienstleistungen
- 5,49 Mrd. € Agrarumweltprogramme
- 4,53 Mrd. € Investitionshilfen
- 3,75 Mrd. € Regionalbeihilfen
- 2,27 Mrd. € Direktzahlungen in neuen Mitgliedsstaaten

Diese Grüne Box-Subventionen sind in der WTO durch arme Ländern zu Recht dafür kritisiert worden, dass sie den Handel verzerren. Neben Obergrenzen und Reduktionen wurden auch striktere Regeln zur Anwendung gefordert, scheiterten aber am Widerstand der EU und der USA. So forderten die Schwellenländer und afrikanischen Länder beispielsweise, dass eine Einkommensunterstützung nur an Bäuerinnen und Bauern mit niedrigem Einkommen gezahlt wird und dass entkoppelte Zahlungen nicht mit gekoppelten Subventionen kombiniert werden dürfen („Akkumulationseffekt“; Action Aid et al. 2005:5). Gemäß den WTO-Regeln wären die Investitionsbeihilfen der EU allerdings heute schon verboten, da solche nur für benachteiligte Betriebe erlaubt sind.

Problematisch ist auch die Konzentration der Hilfen auf relativ wenige Betriebe. Diese können durch die umfangreichen Zahlungen effizienter produzieren. Entscheidend jedoch ist, dass die EU mittels der

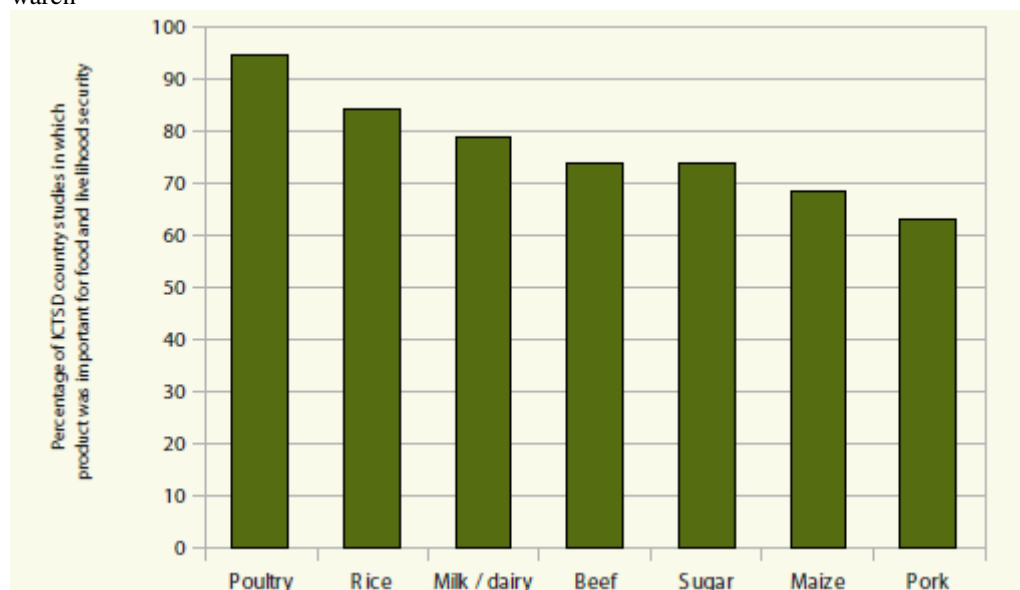
Direktzahlungen weiterhin in der Lage ist, ihre Überschüsse zu Dumpingpreisen in arme Länder zu exportieren.

Mit zweierlei Maß

Die europäische Ernährungsindustrie profitiert sehr stark von einem hohen Außenschutz.¹⁰ Während zum Schutz der Landwirtschaft im Durchschnitt ein Zollsatz von 12,4 Prozent (Agrarprodukte und Jagd) erhoben wird, mit Höchstsätzen von bis zu 167 Prozent, fällt der Zollschutz für die Ernährungsindustrie ungleich höher aus. Dieser beträgt im Durchschnitt 20,1 Prozent (Lebensmittel, Getränke, Tabak), mit maximalen Zollsätzen von bis zu 428 Prozent (Boulangere, Jomini 2010:5). Während die EU ihren Markt für Agrarprodukte mit vielfältigen Instrumenten gegen Importe aus anderen Ländern schützt, fordert sie von ihren Handelspartnern radikale Marktöffnungen für EU-Exporte. Auch die ärmsten Länder sind davon nicht ausgenommen.

Nach 1994 sind in 102 armen Ländern die Importe insbesondere bei Milch, Geflügel, Zucker und Tomatenmark sehr stark gestiegen (FAO 2007:8). Eine Analyse von Studien in 19 Entwicklungsländern, die das ICTSD durchgeführt hat, belegt, dass in der Vergangenheit erhebliche Probleme vor allem mit Billigimporten bei Geflügel, Reis, Milch, Rindfleisch, Zucker, Mais und Schweinefleisch aufgetreten sind.

Grafik 1: Prozentsatz der 19 untersuchten Länder*, in denen Billigimporte beim jeweiligen Produkt ein Problem waren



*In die Analyse einbezogene Länder: Barbados, China, Côte d'Ivoire, Ecuador, Fidschi, Ghana, Honduras, Indonesien, Kenia, Mali, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Papua-Neu Guinea, Peru, Philippinen, Sri Lanka, Tansania und Vietnam

Quelle: ICTSD

Größtenteils handelt es sich um Produkte, die von der EU zu Dumpingpreisen exportiert werden. Darüber hinaus sind sie alle wichtig für die Sicherung der Ernährung oder der Lebensgrundlagen von Kleinbäuerinnen und -bauern und brauchen gemäß der Analyse einen Zollschutz. Die große Mehrheit der armen Länder hat nach den aktuellen WTO-Regeln aber nicht das gleiche Recht wie die EU, einen Schutzzoll zu erheben.¹¹ Die EU stellt zudem über ihre Handelspolitik sicher, dass die armen Länder sich nicht wirksam gegen Billigimporte aus der EU schützen können, indem sie ihre starke

¹⁰ Die EU verfügt über ein ausgeklügeltes, komplexes und intransparentes Außenschutz-System mit spezifischen Zöllen, Wertzöllen, einer Kombination von beidem, Zollquoten etc. Die Offenheit des europäischen Marktes für arme Länder hängt aber auch von den Herkunftsregeln, Hygienestandards und privaten Standards ab.

¹¹ Siehe http://www.wto.org/english/tratop_e/agric_e/negs_bkgrnd11_ssg_e.htm. Nur 22 arme Länder haben bei Importfluten das Recht, von der Schutzklausel des WTO-Agrarabkommens Gebrauch zu machen.

Verhandlungsmacht einsetzt, um eigene Wirtschaftsinteressen gegenüber den schwächeren Verhandlungspartnern nahezu rücksichtslos durchzusetzen.

Beispiel Karibik: Die 15 Länder des CARIFORUM – darunter Haiti, Jamaika, Barbados und die Dominikanische Republik – haben am 30. Oktober 2008 ein vollständiges Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreement, EPA) mit der EU unterzeichnet.¹² Grundsätzlich können beide Vertragsparteien die WTO-Schutzklausel in Anspruch nehmen (§24), aber nur die EU und Barbados haben laut WTO-Regeln (§ 5 Agrarabkommen) überhaupt das Recht dazu. Dabei kann die EU allerdings 539 Produkte schützen und Barbados nur 37. Den anderen 14 Ländern steht lediglich eine schwächere bilaterale Schutzklausel zur Verfügung (§ 25).¹³ Sie müssen im Gegensatz zur EU (und Barbados) erst einen Schaden oder Marktstörungen durch Importe nachweisen und das Problem einem Ausschuss vorlegen. Bekommen sie grünes Licht, dürfen sie zwar einen Schutzzoll erheben, dieser darf aber nicht den angewandten Zoll für WTO-Mitglieder übersteigen.¹⁴

All diese Beschränkungen, die letztendlich keinen wirksamen Schutz erlauben, gelten umgekehrt nicht für die multilaterale Schutzklausel, auf die die EU zurückgreifen kann. Die Schutzklauseln, die die EU mit armen Ländern aushandelt, sind also schlechter als jene, die sie gemäß WTO-Regeln selbst in Anspruch nehmen kann. Zwar hat sich die EU im CARIFORUM EPA verpflichtet, von den Möglichkeiten ihrer Schutzklausel keinen Gebrauch zu machen – doch verbindlich gilt dies lediglich für die ersten 5 Jahre nach Inkrafttreten der Abkommen.

Insbesondere in den Überschussbereichen übt die EU Druck auf arme Länder aus, ihre Zölle zu senken. So drängen die Milchindustrie und die Milchhändler auf eine Liberalisierung der Milchmärkte in Drittländern, um neue Absatzmärkte für die zunehmenden EU-Überschüsse zu erschließen (siehe Tabelle 3). Wenn dies nicht gelingt, werden Probleme in der EU prognostiziert (EDA vom 31.07.2008). Milchbauern und Molkereien in armen Ländern sind jedoch ohne Zölle der billigen Konkurrenz aus der EU schutzlos ausgeliefert. Europäische Billigimporte verhindern, dass die einheimische Milchproduktion entwickelt werden kann (siehe EED 2009). Die politische Unterstützung von (und die Konkurrenz von) Milcherzeugern in OECD-Ländern stellt eine große Bedrohung für kleine Milchbetriebe in armen Ländern dar.¹⁵ Dabei hat die Förderung des Milchsektors in armen Ländern ein großes Potenzial, Armut auf dem Lande zu bekämpfen und vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen (FAO/IFCN 2010:7).

Tabelle 3: Prioritäre Freihandelsabkommen aus Sicht der Milchhändler

Priority high	Priority medium	Priority low
✓ Mediterranean	✓ Mercosur	✓ Andean Comm.
✓ Western Balkan	✓ Ukraine	✓ Central America
✓ ASEAN	✓ India	
✓ S.Korea	✓ ACP	
	✓ South Africa	

Quelle: Eucolait 2007

Dass die EU die Interessen europäischer Agrarexporteure auch in armen Ländern durchsetzen kann, zeigen exemplarisch die Verpflichtungen, die afrikanische Staaten in Freihandelsabkommen mit der

¹² Vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc_137971.pdf.

¹³ Die Inanspruchnahme der Schutzklausel in der WTO steht nur jenen Ländern für jene Produkte offen, bei denen sie einen Tarifizierungsprozess durchlaufen haben. Dies ist für die Mehrheit der armen Länder nicht der Fall.

¹⁴ Gibt der Ausschuss kein grünes Licht, kann das Land nach 30 Tagen die Schutzklausel in Anspruch nehmen, allerdings unter der oben genannten Beschränkung.

¹⁵ Hierbei ist wichtig zu bedenken, dass die politische Unterstützung in der EU nur den wachstumswilligen, leistungsstarken Milchbetrieben gilt und viele bäuerliche Milchbetriebe, vor allem in benachteiligten Regionen gezwungen werden, die Milchwirtschaft und v.a. die Gründlandmilchwirtschaft aufzugeben.

EU eingegangen sind. So hat sich etwa Ghana im EU-Ghana Interim EPA (KOM 2009b) verpflichtet, seine Zölle auf Milch und Milchpulver zu reduzieren und bis 2022 vollständig abzuschaffen. Die WTO-Verpflichtungen erlauben bisher noch Zölle in Höhe von bis zu 40%. Die Elfenbeinküste wiederum hat sich in einem anderen Abkommen (KOM 2009c) verpflichtet, die Zölle auf Milchpulver bereits 2011 abzuschaffen und die für Käse ab 2018. Schweinefleisch und Schaffleisch, solange es nicht gefroren ist, darf ab 2013 zollfrei eingeführt werden, ebenso wie Wurstwaren und andere verarbeitete Fleischprodukte sowie Tomatenkonserven. Teigwaren, Gebäck und andere weiterverarbeitete Lebensmittel aus Getreide, die derzeit gemäß der WTO-Verpflichtungen des Landes noch mit Zöllen bis zu 15% belegt werden können, kommen ab 2018 zollfrei auf den Markt.

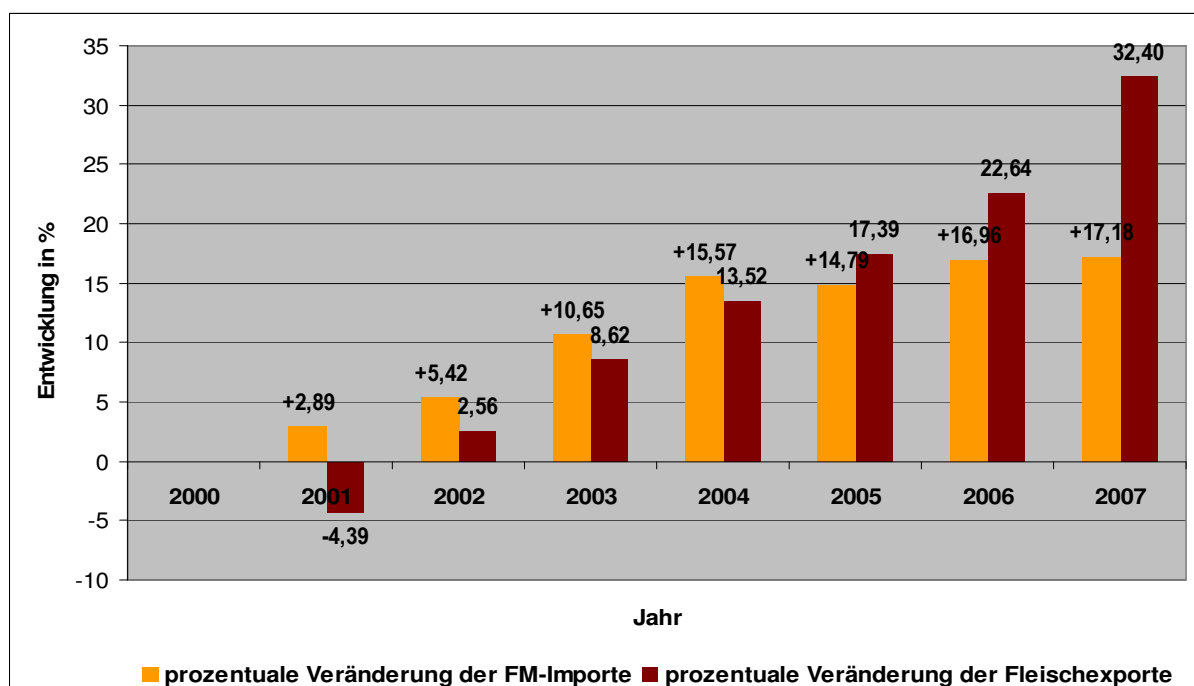
Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda und Burundi, die als Mitglieder der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) ein gemeinsames Freihandelsabkommen mit der EU (KOM 2009d) verhandelt haben, können in der ersten Phase der Liberalisierung sensible Fleischprodukte schützen. Doch in der zweiten Phase, die von 2020 bis 2032 läuft, werden diese Staaten ihre Zölle für Rind-, Schweine-, Lamm-, Schaf- und Ziegenfleisch¹⁶ sowie für Geflügelteile sukzessive auf null reduzieren müssen.

Während die EU seit Jahrzehnten in sensiblen Produktbereichen für sich den Zollschutz in Anspruch nimmt, wird armen Ländern der notwendige Zollschutz beim Aufbau von Produktionskapazitäten in der Land- und Ernährungswirtschaft verwehrt.

Billiges Import-Soja

Mit einem Import von 41 Mio. Tonnen pro Jahr ist die Europäische Union noch vor China der weltweit größte Importeur von Soja. 29 Prozent der Weltsojaimporte entfallen auf die EU (Sojacoalition 2010). Futtermittel für europäisches Nutzvieh beanspruchen 20 Mio. ha Anbaufläche in den Sojaanbauländern, davon entfallen rund 2,8 Mio. auf Deutschland (BUND 2008). Der Anstieg der Fleischexporte um 32,4 Prozent im Zeitraum 2000-2007 ging einher mit einer Erhöhung der Futtermittelimporte um 17 Prozent (siehe Grafik 2).

Grafik 2: Prozentuale Veränderung der Futtermittel-Importmengen und der Fleischexporte der EU-27 zum Bezugsjahr 2000



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von FAO-Statistiken

¹⁶ Jeweils ganze oder halbe Tierkörper, frisch, gekühlt oder gefroren.

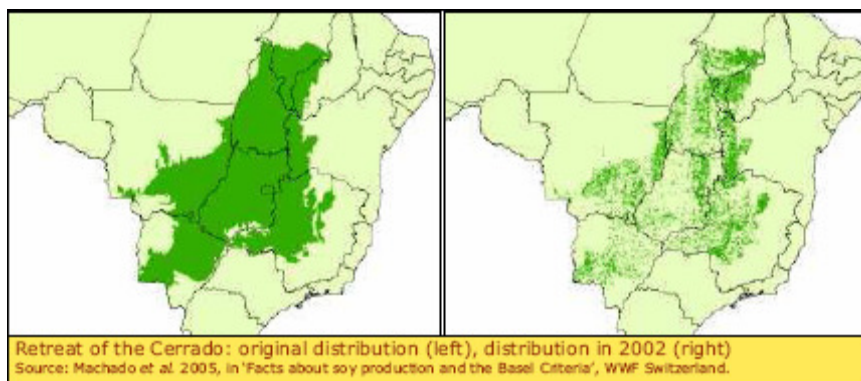
Die erhöhte Nachfrage hat zu einer massiven Ausweitung der Sojaproduktion in Brasilien geführt. Wurde 1990/1991 noch auf 9,7 Mio. ha Soja angebaut, so waren es 2007/2008 schon 21,1 Mio. ha (FIAN 2008). Auch im Nordwesten Argentiniens breitete sich der Sojaanbau sehr stark aus; von 1988 bis 2002 wuchs die Anbaufläche um 48 Prozent. Seit 1996, als Monsantos gentechnisch verändertes „Round up Ready Soja“ zugelassen wurde, stieg die Sojaproduktion gewaltig an. Allein in der argentinischen Provinz Salta wurden im Jahr 2007 400.888 ha Wald zur Rodung freigegeben (CAPOMA et al. 2009:7-8; 14). Die sozialen und ökologischen Folgen sind katastrophal!

Die Ausweitung des Sojaanbaus ist in Brasilien häufig begleitet von Gewalt, wie Vertreibung, Mord und Mordversuchen, Todesdrohungen oder Folter (Sojacoalitie 2008a). Mindestens vier der 16 Landkonflikte in der Region Mato Grosso und 18 der 38 Landkonflikte in Paraná im Jahr 2007 gehen auf das Konto der Sojabarone (FIAN 2008). Auch im Nordwesten Argentiniens spitzten sich die Landkonflikte in den letzten Jahren dramatisch zu. Dort werden insbesondere indigene Gemeinschaften durch die Ausweitung des Sojaanbaus vertrieben (CAPOMA et al. 2009:23).

Die auf Brasiliens Rinderfarmen verbreitete Sklavenarbeit ist, trotz der starken Mechanisierung, auch im Sojaanbau anzutreffen. Sklavinnen und Sklaven werden eingesetzt, um Sojaplantagen anzulegen. Dies ist körperlich harte Arbeit (z.B. Waldrodung, Entfernen von Wurzeln). Sie sind ebenso für die Ausbringung von Pestiziden verantwortlich. Im Zeitraum zwischen 1996 und 2007 wurde von insgesamt mehr als 50.000 Sklaverei-Fällen in der brasilianischen Landwirtschaft berichtet (Sojacoalitie 2008b).

Dramatisch sind ebenso die Folgen für die Umwelt. Der brasilianische Cerrado birgt die größte Biodiversität aller tropischen Savannen dieser Erde. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren wurde der Wald für Rinderfarmen und für den Sojaanbau gerodet. In den letzten Jahren wurden die Wälder im Norden mit alarmierender Geschwindigkeit abgeholzt. Gleiches gilt für den Nordwesten Argentiniens. Mindestens 21 Millionen Hektar Wald in Brasilien und 14 Millionen Hektar in Argentinien wurden vernichtet, um Sojafelder anzulegen (Grain 2007:1). Biologische Vielfalt geht verloren, CO₂ wird durch die Rodung freigesetzt und heizt den Klimawandel an (Sojacoalitie 2008c). Die Europäische Union als größter Nachfrager von Soja ist für diese katastrophale Umweltzerstörung mitverantwortlich.

Grafik 3: Rückgang des Cerrado (ursprüngliche Ausbreitung links, Situation 2002 rechts)



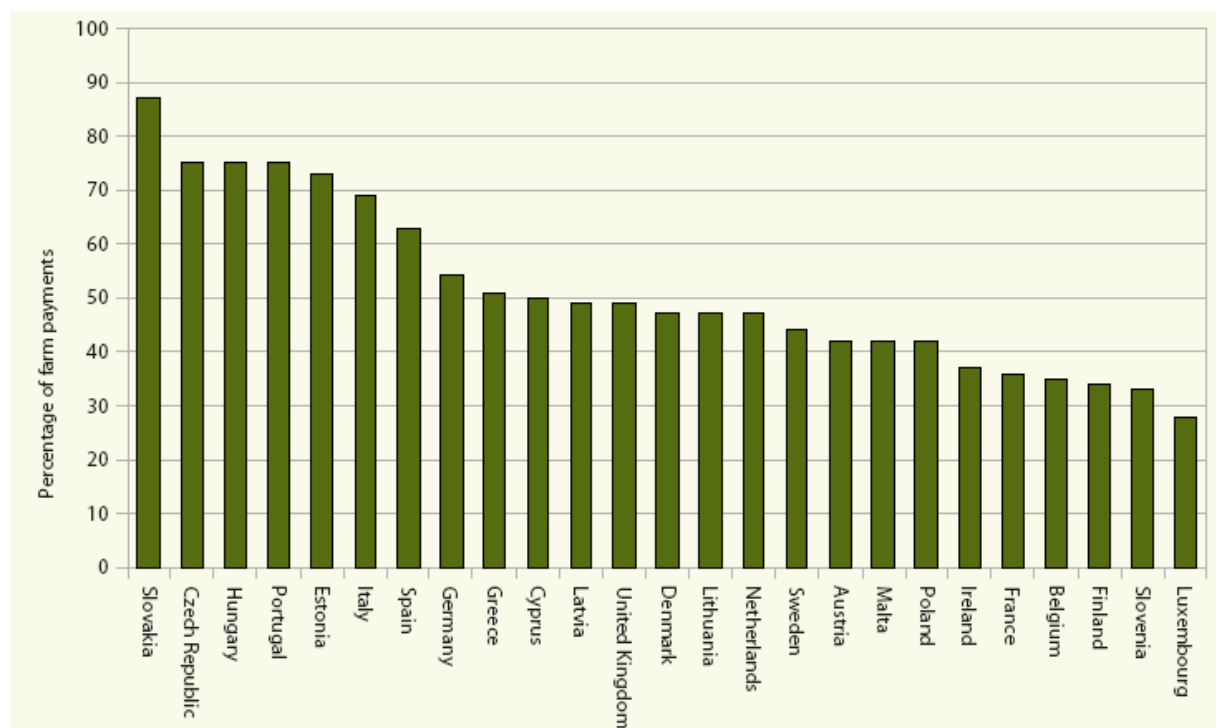
Quelle: Sojacoalitie 2008c

Wer hat, dem wird gegeben

Mit der „neuen“ Agrarpolitik der EU hat sich die Verteilung der Agrarsubventionen nur minimal geändert. Während immer mehr bäuerliche Betriebe zur Aufgabe gezwungen werden, konzentrieren sich die Direktzahlungen umso intensiver auf leistungsstarke Betriebe. Heute entfallen 85 Prozent dieser Zahlungen auf 17 Prozent der Empfänger. In 19 Mitgliedsstaaten erhalten die Top 10 Prozent der Empfänger mehr als 40 Prozent der Direktzahlungen. In fünf Mitgliedsstaaten beträgt der Anteil sogar mehr als 70 Prozent (siehe Grafik 4). In Deutschland erhalten die Top 10 Prozent mehr als die Hälfte der Direktzahlungen. Die Verteilung der Gelder orientiert sich nicht daran, wer Unterstützung braucht oder wer die meisten Leistungen beim Natur-, Wasser-, Klima- oder Tierschutz erbringt. Das Prinzip „Geld für Fläche statt für Leistung“ führt dazu, dass insbesondere rationalisierte, großflächige Betriebe von der Europäischen Agrarpolitik profitieren.

Der größte Profiteur der Europäischen Agrarpolitik ist die Ernährungsindustrie. Die Veröffentlichung, der Agrarsubventionen belegt, dass sie zu den Spitzenempfängern zählt. An oberster Stelle stehen große Lebensmittelkonzerne wie Nordmilch, Südzucker, Pfeifer & Langen, Westfleisch, Vion und Campina, aber auch Ritter Sport, Storck, Zentis, Ferrero und Wiesenhof.¹⁷ Das Subventionssystem ist darauf ausgerichtet, die europäische Ernährungsindustrie international wettbewerbsfähig zu machen. Denn diese kann international nur mithalten, wenn sie Agrarrohstoffe ähnlich günstig bekommt wie ihre Mitbewerber auf dem Weltmarkt (CIAA 2010a). Genau dies soll mithilfe der Direktzahlungen und Investitionsbeihilfen sichergestellt werden. Und deswegen ist es politisch gewollt, dass besonders leistungsstarke Betriebe gefördert werden. Sie sollen billige Agrarrohstoffe bereitstellen – 70 Prozent davon bezieht die Ernährungsindustrie innerhalb der EU (CIAA 2010b).

Grafik 4: Anteil der Direktzahlungen, die an die Top 10 Prozent der Empfänger gehen



Quelle: ICTSD 2009

Die europäische Ernährungsindustrie ist mit einem Umsatz von 965 Mrd. € der größte verarbeitende Sektor, noch vor der Automobil- und Chemieindustrie, sowie der größte Arbeitgeber, noch vor der

¹⁷ Vgl. www.agrar-fischerei-zahlungen.de.

Metall- und Maschinenbauindustrie (CIAA 2009:3). Auch wenn die Ernährungsindustrie in der öffentlichen Agrardebatte praktisch nicht vorkommt, so ist sie doch ein sehr einflussreicher, wenn nicht sogar der einflussreichste Akteur in der Brüsseler Agrarszene.

Der Weg in eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Nahrungsmittel-, Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise: Vor diesem alarmierenden Hintergrund ist eine neue EU-Agrarpolitik überfällig. Eine Politik, die sich ihrer Verantwortung gegenüber armen Ländern und den Menschen in diesen Ländern bewusst ist und ihren Teil dazu beiträgt, dass eine Welt ohne Hunger möglich wird. Die Zeit drängt, dass die Weichen für den Klimaschutz national, europäisch und international gestellt werden. Die Landwirtschaft ist nicht nur von den Folgen des Klimawandels selbst betroffen, sondern sie verursacht diesen auch mit – durch Sojaimporte, für die Wälder abgeholzt werden, durch das Umpflügen von Wiesen und Weiden, die Trockenlegung von Mooren und klimaschädliche Überdüngung. Weniger Fleisch zu essen und weniger Fleisch für den Export zu produzieren, ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch ein Beitrag zur Förderung der Entwicklung in armen Ländern.

Der Dreiklang der „alten“ Agrarpolitik – Intervention, Lagerhaltung und Exportsubventionen – ist weitestgehend überwunden. Die Probleme, die einer zukunftsfähigen Agrarpolitik trotz der Agrarreform im Jahr 2003 immer noch im Wege stehen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- (1) Bestehende gesetzliche Rahmenbedingungen verhindern weder ökologischen Raubbau noch tierquälerische Viehhaltung.
- (2) Die Höhe von Direktzahlungen ist an der Fläche orientiert, die ein Betrieb bewirtschaftet, statt an seinen Leistungen für die Gesellschaft und des Beitrags zum Gemeinwohl.
- (3) Der Abbau staatlicher Regulierung in der Landwirtschaft führt zu neuer Überproduktion.
- (4) Jegliches Nicht-Handeln des Staates in einem zunehmend freien Markt setzt die Landwirt/innen als Preisnehmer nahezu macht- und schutzlos der Marktmacht der Industrie und des Einzelhandels aus.
- (5) Die Steigerung der Fleischproduktion für den Export erhöht den Bedarf an importierten Eiweißfuttermitteln.
- (6) Die europäische Agrar- und Handelspolitik forciert den Zollabbau in armen Ländern, um neue Absatzmärkte für europäische Produkte zu erschließen (Teil der Agenda zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie).

Die Vorstellung, der freie Markt würde quasi automatisch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen, ist falsch. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Landwirtschaft nicht von anderen Wirtschaftssektoren. Die Absage an jegliche sinnvolle Regulierung ist quasi der Sargnagel für den Umwelt- und Tierschutz sowie eine bäuerliche Landwirtschaft. Negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer werden als schlicht unabwendbar hingenommen. Das Nicht-Handeln des Staates in einem freien Markt bedeutet, ebenso wie alles Handeln in einem regulierten Markt, in seinen Konsequenzen immer eine Parteinahme zugunsten bestimmter Akteure bzw. Werte und richtet sich immer auch gegen andere.

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft setzt sich für Natur-, Wasser-, Klima- und Tierschutz ein, ohne die Existenz bäuerlicher Betriebe zu gefährden und entwicklungspolitischen Schaden anzurichten. Höhere gesetzliche Standards und sinnvolle Marktregeln sowie zielgerichtete finanzielle Anreize für eine vielfältige, bäuerliche, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft sind dafür notwendig.

Fünf Schritte auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Agrarpolitik¹⁸

Kein Export zu Dumpingpreisen:

1. Abschaffung des Instruments der Exportsubventionen, unabhängig vom Ausgang der WTO-Verhandlungen.
2. Für Direktzahlungen gilt: Keine öffentlichen Gelder ohne öffentliche Leistung. Es sollten nur noch Leistungen gefördert werden, die über gesetzliche Anforderungen hinausgehen, und zwar derart, dass die gewünschte Lenkungswirkung erzielt wird.

Eindämmung von Überschüssen:

1. Die Politik sollte Anreize zur Überschussreduzierung setzen: Weidehaltung von Kühen, klimaverträgliche Düngung, tiergerechte Viehhaltung (siehe auch Forderungen zu den Sojaimporten).
2. Die Milcherzeugung sollte vorrangig auf die Bedarfsdeckung des europäischen Binnenmarkts und erst an zweiter Stelle auf die Produktion von Käse und anderen Milcherzeugnissen mit hohem Mehrwert ausgerichtet werden, die ohne Subventionen für den Weltmarkt exportfähig sind (Europäischer Rechnungshof 2009:10). Dazu ist es erforderlich, das Angebot der Nachfrage anzupassen.
3. Die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie muss als zentrales Ziel aufgegeben werden, da sie die billige Massenproduktion anheizt.

Reduzierung der Sojaimporte:

1. Sojaimporte sollten so weit wie möglich durch die Produktion von Eiweißpflanzen in der EU ersetzt werden.
2. Die Bundesregierung sollte Anreize setzen, weniger Fleisch zu produzieren und zu konsumieren.
3. Es sollten Regeln eingeführt werden, die sicherstellen, dass Soja nur noch sozial und ökologisch verantwortlich importiert wird.

Neuer Beschwerdemechanismus:

1. Die EU sollte eine Stelle einrichten, die Beschwerden von Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Entwicklungsländern hinsichtlich unfairer Dumpingpraktiken entgegennimmt.
2. Die EU-Kommission sollte sich verpflichten, diesen Beschwerden nachzugehen und somit ihrer extraterritorialen Verantwortung auf Grundlage des Rechts auf Nahrung nachzukommen.

Keine forcierte Marktöffnung:

1. Die EU sollte armen Ländern das Recht einräumen, sich wirksam gegen Billigimporte zu schützen, um eigene Produktionskapazitäten in der Land- und Ernährungswirtschaft aufbauen zu können.
2. Die EU sollte bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen von armen Ländern keine Zollsenkung für Agrarprodukte fordern.

¹⁸ Siehe auch die Positionspapiere „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ (Plattformverbände, April 2010) und „Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik: fair, umweltgerecht und global verantwortlich!“ (Forum Umwelt & Entwicklung, Juni 2010).

Literaturverzeichnis

- ACTION AID ET AL. (2005): Green but not clean. Why a comprehensive review of Green Box subsidies is necessary. www.oxfam.org.
- ACTION AID (2004): 5 reasons why a comprehensive review of Green Box subsidies is required within the WTO.
- AGRITRADE (2006): Agritrade Monthly News Update. Januar 2006.
<http://agritrade.cta.int/en/newsletter/agriculture/2099>.
- AMI (2009): Marktinfo Milch. 29. Kalenderwoche. 15.07.2009.
- BMZ/BMELV (2010): Aigner und Niebel vereinbaren enge Zusammenarbeit bei Entwicklungspolitik und Welternährung. Pressemitteilung vom 09.06.2010.
- BOULANGER, P., JOMINI, P. (2010): Of the benefits to the EU of removing the Common Agricultural Policy. Paris.
- BUND (2008): Für Fleisch nicht die Bohne! Futter und Agrokraftstoff-Flächenkonkurrenz im Doppelpack. Berlin.
- CAPOMA ET AL. (2009): Soy and Agribusiness Expansion in Northwest Argentina.
- CIAA (2010a): CIAA welcomes new EU High Level Forum to drive food chain competitiveness. Pressemitteilung vom 30.07.2010. Brüssel.
- CIAA (2010b): The EU Food and Drink (F&D) Industry in Figures. Brüssel.
<http://www.ciaa.be/documents/brochures/CIAA%20key%20figures%20bookmarkV6.pdf>.
- CIAA (2009): Data & trends of the European Food and Drink Industry 2009. Brüssel.
- EDA (2008): EU dairy industry disappointed about breakdown of WTO negotiations. Call for further development of trade agreements. Brüssel.
- EED (2010): Mehr Hähnchenmast in Deutschland – mehr Armut in Afrika? Bonn.
- EED (2009): Milchdumping in Kamerun. Milchpulver aus der EU gefährdet die Absatzmärkte und die Existenz von Milchbäuerinnen und -bauern in Kamerun. Bonn.
- EED (2008): Pigmeat exports to Sub-Saharan Africa (without South Africa). Bonn.
- ERO (2006): EPAs and agricultural sector adjustment needs in Southern Africa: An assessment of challenges faced in Southern Africa-EU agricultural trade relations and the policy responses required. Brüssel.
- EUROLAIT (2007): Dairy Trade. Offensive Interests. PPT vom 25.06.2007. Brüssel.
- EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF (2009): Haben die Marktsteuerungsinstrumente für den Markt für Milch und Milcherzeugnisse ihre wichtigsten Ziele erreicht? Sonderbericht Nr. 14/2009. Luxembourg.
- FAO (2010): Issues and perspectives on Food Security. ICTSD/FAO workshop on Trade and Food Security. 25.03.2010. Genf.
- FAO/IFCN (2010): Pro-Poor Livestock Policy Initiative Status and Prospects for Smallholder Milk Production. A Global Perspective. Rom/Kiel.
- FAO (2009): How to Feed the World in 2050. Rom. http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert_paper/How_to_Feed_the_World_in_2050.pdf.
- FAO (2007): The Extent and Impact of Import Surges on Developing Countries. Rom.
- FAO (2006): World agriculture: towards 2030/2050. Prospects for food, nutrition, agriculture and major commodity groups. Interim report. Juni 2006. Rom.
- FIAN (2008): Agrofuels in Brazil. Heidelberg.
- GERMANWATCH/FIAN (2007): Right to food of tomato and poultry farmers. Report of an investigative mission to Ghana. Berlin/Köln.
- GRAIN (2007): Soja-Nexus in South America. S.52. http://www.grain.org/seedling_files/seed-07-07-7-5-en.pdf.
- GRETHE, H. ET AL. (2011): 70 % Increase in Global Agricultural Production by 2050: Understanding FAO Projections and their Implications (in Erscheinung). Hohenheim.
- ICTSD (2009): Ensuring EU farm policy supports the Millennium Development Goals. Genf.
- KOM (2010): EU Agricultural Trade: Back on Track? Monitoring Agri-trade Policy. Juni 2010. Brüssel.
- KOM (2009a): EU Agri-Trade: Moving through Turbulent Times. Monitoring Agri-trade Policy. Juli 2009. Brüssel.

- KOM (2009b): Stepping stone Economic Partnership Agreement between Ghana, on the one part, and the European Community and its Member States, on the other part. Brüssel.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/june/tradoc_143814.pdf
- KOM (2009c): Stepping stone Economic Partnership Agreement between Côte d'Ivoire, of the one part, and the European Community and its Member States, on the other part. Official Journal of the European Union. 03.03.2009. L 59/3 Brüssel.
- KOM (2009d): Agreement establishing a framework for an Economic Partnership Agreement between the European Community and its Member States, on one part, and the East African Community Partner States, on the other part. Brüssel.
- KOM (2008): Economic analysis of the effects of the expiry of the EU milk quota system. Brüssel.
- KOM (2007): Competitiveness of the European Food Industry. An economic and legal assessment. Brüssel.
- LFL (2010): Agrarmärkte 2010. Bayrische Landesanstalt für Landwirtschaft.
http://www.lfl.bayern.de/publikationen/daten/schriftenreihe/p_38638.pdf.
- MISEREOR (2005): Agrarsubvention schafft Armut. Das Beispiel der EU-Milch in Burkina Faso. Aachen.
- OECD (2009): Agricultural Policies in OECD Countries. Monitoring and Evaluation. Paris.
- OXFAM (2010): Halving Hunger: Still Possible? Briefing Paper 139.
- OXFAM (2009): Auswirkungen subventionierter Milchexporte aus der EU auf Einkommen, Beschäftigung und Entwicklung in Bangladesch.
- SOJACOALITIE (2010): Soybarometer 2009. www.commodityplatform.org.
- SOJACOALITIE (2008a): Land conflicts in the Latin American soy sector.
- SOJACOALITIE (2008b): Modern Slavery in Brazil.
- SOJACOALITIE (2008): Deforestation of the Brazilian Cerrado.
- UNEP, UNCTAD (2008): Organic Agriculture and Food Security in Africa.
- USDA (2010a): Livestock and Poultry: World Markets and Trade. April 2010.
http://www.fas.usda.gov/dlp/circular/2010/Fulllivestock_poultry0410.pdf
- USDA (2010b): Grain: World Markets and Trade. November 2010.
<http://www.fas.usda.gov/grain/circular/2010/11-10/grainfull11-10.pdf>.
- VON WITZKE, HARALD (2010): EU agricultural production and trade: Can more efficiency prevent increasing 'land grabbing' outside of Europe? Berlin.
- WOHLFAHRT, M. (2009): Aussichten am Milchmarkt 2009. MIV-FG Trockenprodukte und Butter. 01.04. 2009. Frankfurt.
- WTO (2010): Notification, European Union. Committee on Agriculture. G/AG/N/EEC/64. 04.02.2010. Genf.